

Zürich, 18. Mai 2015

CASE MANAGEMENT WEITERFÜHREN – DIE KANTONE STEHEN IN DER PFLICHT

Bund und Kantone sind gemäss Bundesverfassung gemeinsam dazu verpflichtet für eine hohe Qualität des Bildungsraums Schweiz zu sorgen. Das WBF (Bund) und die EDK (Kantone) haben daher ihre Erklärung „Chancen optimal nutzen“ von 2011 aktualisiert und kommunizieren heute ihre bildungspolitischen Ziele in einer gemeinsamen Erklärung 2015. Dazu gehört das Ziel, dass 95 % aller 25-Jährigen über einen Abschluss auf der Sekundarstufe II verfügen. Dieses Ziel lässt sich aber nur erreichen, wenn das bisherige Case Management an der Nahtstelle Sek I zu Sek II konsequent weitergeführt wird.

Bereits im April haben Bund, Kantone, Organisationen der Arbeitswelt und die Lehrerverbände ihre Verbundpartnerschaft im Bildungsbereich mit einer programmatischen Erklärung erneuert. Ziel bleibt eine Quote von 95 % Berufs- oder Schulabschlüssen auf der Sekundarstufe II. Dieses anspruchsvolle Ziel von 95 % Jugendlichen mit einem erfolgreichen Bildungsabschluss lässt sich nur erreichen, wenn die koordinierte Früherkennung und Fallführung in Problemfällen – das sogenannte Case Management – konsequent weitergeführt wird. Dafür gibt es gute Gründe:

- Eine koordinierte Fallführung für Jugendliche in Schwierigkeiten überfordert die Schulen. Das Case Management kommt zum Einsatz, wenn diverse involvierte Stellen gemeinsam agieren müssen.
- Erkannte Probleme können frühzeitig angegangen und gemeinsam gelöst werden. Damit werden spätere Kosten der Sozialhilfe, der Arbeitslosenversicherung, im Strafvollzug und wegen Steuerausfällen reduziert.
- Der Mangel an ausgebildeten Fachkräften wird vermindert. Die Integration wird unterstützt. Jugendliche erhalten Ermutigung und eine Perspektive für ein Leben ohne Sozialhilfe.

Die vom Bund mitfinanzierte Projektphase für den Aufbau eines Case Managements an der Nahtstelle Sek I zu Sek II wird dieses Jahr abgeschlossen. Die Projektfinanzierung des Bundes wird damit beendet – nun stehen die Kantone in der Pflicht. Als erster Kanton hat sich Schwyz aus dem Case Management verabschiedet. Mit den laufenden Sparmassnahmen sind weitere Rückzüge aus gesetzlich noch nicht gebundenen Ausgaben möglich. Der LCH fordert daher von Bund und Kantonen folgende Massnahmen:

- Ein gemeinsames Monitoring von Bund und Kantonen überprüft und evaluiert die Weiterführung des Case Managements.
- Die Kantone verankern die Finanzierung einer koordinierten Früherkennung und Fallführung des Case Managements nach Abschluss der Projektphase in kantonalen Gesetzen.

Kontaktadressen für Rückfragen

Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH
T +41 61 903 95 85, beat.w.zemp@LCH.ch

Franziska Peterhans, Zentralsekretärin LCH
T +41 44 315 54 54, f.peterhans@LCH.ch

Jürg Brühlmann, Leiter Pädagogische Arbeitsstelle LCH
T +41 71 671 25 91, j.bruehlmann@LCH.ch